Stadtentwicklung ohne Flächenexpansion?

Vortrag von Folkert Kiepe
Beigeordneter des Deutschen Städtetages

im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung des BMBF und des Umweltministeriums Baden-Württemberg „Effizientes Flächenmanagement in Forschung und Praxis: Strategische Umorientierung der Siedlungsentwicklung“ am 16.07.2010 in Mannheim

Deutscher Städtetag

1.

Boden ist eine der zentralen Ressourcen der Stadtentwicklungspolitik.

2.

Im Rahmen eines umfassenden Ressourcenschutzes muss die Flächeninanspruchnahme reduziert werden.

3.

Die kommunalen Spitzenverbände unterstützen ein nachhaltiges Flächen-management und einen sparsamen und schonenden Umgang der Städte und Gemeinden mit Grund und Boden.

Künftige Flächenhaushaltspolitik muss viererlei anstreben:

- weniger Inanspruchnahme neuer Flächen,
- Innenentwicklung vor Außenentwicklung durch Bestandsumbau, [...]

- mehr Qualität in der Flächennutzung,
- Integration von Siedlungs- und Verkehrsentwicklung.

4.

Einzelne Instrumente einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik:

- Vorrang der Innen- vor der Außenentwicklung
- strategisches, effizientes Flächenmanagement
- Wiedernutzung von Brachflächen

[...]

Deutscher Städtetag

- Nutzung leergefallener Bausubstanz sowie eine angemessene Nachverdichtung
- Qualitative Aufwertung der Wohnstandorte im Innenbereich
- Interkommunale und regionale Zusammenarbeit

5.

Das Leitbild der kompakten und nutzungsgemischten Stadt sollte auf allen Planungs- und Entscheidungs-ebenen stärker beachtet werden.

In seinem „Leitbild für die Stadt der Zukunft“ hat der Deutsche Städtetag Maßstäbe für eine nachhaltige Stadtentwicklung formuliert, um die Zentren zu stärken und Freiräume am Stadtrand zu erhalten.

6.

Das vorhandene Planungs-instrumentarium der Raumordnung sollte auf allen Ebenen konsequenter angewendet, bestehende Vollzugs-defizite behoben werden.

Deutscher Städtetag

7.

Um die planerischen Instrumente umsetzen zu können, ist es erforderlich, einige finanzpolitische und steuerliche Rahmenbedingungen so zu ändern, dass ein Anreiz fürs Flächensparen entsteht.

Ein solches Anreizsystem könnte vom Gesetzgeber beispielsweise bei der anstehenden Umgestaltung der Grundsteuer, einer Änderung der Grunderwerbsteuer, einer Reduzierung der sog. Pendlerpauschale sowie der Einrichtung von regionalen Grundstücksfonds geschaffen werden.

Auch die staatliche Finanzierung und Förderung von suburbanen Infrastrukturen außerhalb städtischer Räume und gemeindlicher Netzwerke muss überprüft werden.